

Beschluss:

1. Der Vortrag des Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, beim Personal- und Organisationsreferat die Einrichtung von zwei dauerhaft zusätzlichen Stellen, einer Stelle 3. QE (1,0 VZÄ) und einer Stelle 4. QE (1,0 VZÄ) zu veranlassen. Die Finanzierung erfolgt aus dem zusätzlich zur Verfügung gestellten Budget aus dem Eckdatenbeschluss 2022 zur Bekämpfung der Pandemiefolgen.
3. Den Ausführungen der Unabweisbarkeit, Eilbedürftigkeit und Unplanbarkeit im Vortrag wird zugestimmt.
Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 89.400 € in 2022 im Rahmen der Planungen zum Nachtragshaushalt 2022 oder auf dem Büroweg, sowie die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i.H. v. 170.800 € jährlich ab 2023 im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanaufstellung ab 2023 ff. aus zentralen Mitteln jeweils für das Produkt 44331400 „Beschäftigungsförderung“ anzumelden.
4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.
5. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01748 von der SPD/Volt-Fraktion und Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 23.07.2021, „In die Zukunft wirtschaften III — Nach Corona – die Gesundheitskrise darf nicht zur sozialen Krise werden – das MBQ stärken“ ist bezogen auf die zusätzlichen Stellen behandelt. Die vollständige geschäftsordnungsgemäße Behandlung des Antrags erfolgt mit der Beschlussvorlage Nr. 20-26 / V 03620 in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 15.02.2022.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

